

STADTARCHIV SANKT AUGUSTIN

"Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist"

Dieses Zitat aus dem Talmud, einem der bedeutendsten Schriftwerke des Judentums, bewegte den Künstler Gunter Demniq einem einzigartigen Kunstprojekt: zu Menschen, die in der national-"Stolpersteine" holen sozialistischen Zeit aus ihrem Leben gerissen worden sind, symbolisch in ihre damalige und heutige Nachbarschaft zurück. Seit 1996 macht Gunter Demnig mit inzwischen über 100.000 in den Boden eingearbeiteten kleinen Messingtafeln auf die Schicksale von Menschen aufmerksam, die in der Zeit des Nationalsozialismus gedemütigt, verfolgt, vertrieben, gefoltert, ermordet oder in den Suizid getrieben wurden. Die Gedenktafeln werden vor dem letzten frei gewählten Wohnort der Person in den Gehweg eingearbeitet.

Dabei geht es dem Künstler um das individuelle Gedenken, darum, dem Bestreben der Nationalsozialisten, diese Menschen zu vernichten und die Erinnerung an sie auszulöschen, bewusst etwas entgegenzusetzen. Dies soll genau dort erfolgen, wo die Menschen ihren Lebensmittelpunkt hatten, bevor sie Opfer des Regimes wurden.

Nachdem in Sankt Augustin viele Jahrzehnte kaum konkrete Hinweise auf NS-Opfer im heutigen Stadtgebiet bekannt waren, können seit kurzem neue zentrale Quellen genutzt werden. Diese waren der Ausgangspunkt für eine akribische Auswertung zentraler Bestände in zahlreichen Archiven und Dokumentationsstellen. Durchgeführt wurde sie seit Herbst 2022 durch den Historiker Mike Bargel im Auftrag des Stadtarchivs Sankt Augustin. Dabei konnten mit den Eheleuten Karolina und Johann Kurscheidt sowie Elisabeth Nicolay letztlich drei Personen ermittelt werden, derer nun mit einem Stolperstein gedacht wird. Der Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit stimmte am 9. November 2023 der vorgeschlagenen Verlegung einstimmig zu, ebenso wie der Rat der Stadt Sankt Augustin am 7. Dezember 2023.

Die Auswahl der Personen basiert auf den aktuell ausgewerteten historischen Quellen und ist nicht zwangsläufig abschließend. Soweit sich konkrete Hinweise auf weitere Opfer nationalsozialistischen Unrechts aus dem Gebiet der heutigen Stadt Sankt Augustin ergeben, ist eine Erweiterung um zusätzliche Stolpersteine möglich.

<u>Siegstraße 79</u> Elisabeth Nicolay



Elisabeth Nicolay wurde am 27. Juni 1919 in Obermenden geboren. Sie war das erste Kind von Michael Nicolay (1893-1976), der in Dörsdorf (Kreis Saarlouis) geboren wurde, und dessen Ehefrau Christina Bürling (1891-1965), die aus einer alteingesessenen Mendener Familie stammte. Elisabeth Nicolay hatte drei jüngere Brüder.

Die Familie bewohnte ein einfaches Fachwerkhaus in der Hindenburgstraße 81. Nachdem dieses Gebäude nach längerem Leerstand in den 1960er Jahren abgerissen wurde, steht dort heute der linke Teil des Hauses Siegstraße 79.



Auch weil die Familie wegen der frühen Invalidität des Vaters einkommensschwach war, musste Elisabeth Nicolay schon Familienverdienst beitragen früh zum und fand Beschäftigung bei der Dynamit AG in Troisdorf. Nachdem sie mehrfach nicht zur Arbeit erschienen war, wurde sie in den Jahren 1941/1942 dreimal wegen "Arbeitsvertragsbruchs" zu jeweils mehreren Monaten Haft in Bonn, Köln-Klingelpütz und Wittlich verurteilt. Die dritte Freiheitsstrafe war am 12. November 1942 verbüßt. Am 25. Januar 1943 blieb sie jedoch erneut der Arbeit fern, wurde fünf Tage später in Köln verhaftet und bereits am 5. Februar 1943 durch das Amtsgericht Siegburg erneut wegen Arbeitsvertragsbruchs 6 Monaten Haft verurteilt. Aufgrund einer von der Staatsanwaltschaft Bonn eingelegten Berufung wurde das Urteil am 16. April 1943 durch das Landgericht Bonn auf 10 Monate Haft und anschließende Unterbringung in einem Arbeitshaus verschärft.

Nach Verbüßung ihrer Haftstrafe am 4. Dezember 1943 wurde sie daher nicht entlassen, sondern an das Arbeitshaus Brauweiler überstellt. Während ihres dortigen Aufenthalts wurde "Vorbeugungshaft" angeordnet, woraufhin sie am 24. September 1944 mit einem Sondertransport von Köln in das Konzentrationslager Ravensbrück (Häftlings-Kategorie: "asozial") eingeliefert und von dort am 9. Oktober 1944 in das Konzentrationslager Flossenbürg/Außenlager Dresden "Universelle Maschinenfabrik" zum zwangsweisen Arbeitseinsatz überstellt wurde.

"Vorbeugungshaft" für den Personenkreis der sogenannten "Berufs- und Gewohnheitsverbrecher, Gemeingefährliche und Asoziale" wurde durch die jeweils zuständige Kriminalpolizei(leit)stelle angeordnet in den und Konzentrationslagern vollstreckt. beiden Die letzten bekannten Stationen von Elisabeth Nicolay waren die Konzentrationslagers Flossenbürg Außenlager des in Mockethal/Zatzschke (bei Pirna) und Königstein in der Sächsischen Schweiz. Hier ist Elisabeth Nicolay am 18. April 1945 zuletzt lebend gesehen worden, danach verliert sich jedoch ihre Spur. Ob sie vorsätzlich getötet wurde oder bei den dortigen schweren Kampfhandlungen ums Leben kam, ist ungewiss. Sie galt zunächst als "verschollen" und wurde Ende 1967 durch das Amtsgericht Siegburg für tot erklärt. Elisabeth Nicolay war nicht verheiratet und hatte keine Kinder.

Opfergruppe "Asoziale"

Die Nationalsozialisten kategorisierten als "Asoziale" Menschen, die sich nicht in die rassistisch sozialdarwinistisch begründete "Volksgemeinschaft" einfügten, obwohl sie nach den Nürnberger Rassegesetzen als "deutschblütig" galten. Sie wurden als "Parasiten Volkskörper" oder als "unnütze Esser" diffamiert, die schädlich für die Gesellschaft seien. Die Gruppe der unter dem Stigma der "Asozialität" verfolgten Menschen war sehr heterogen. Unter ihr wurden beispielsweise Obdachlose, Wanderarbeiter, Alkoholsüchtige, Bettler, Prostituierte und Zuhälter oder Menschen mit ansteckenden Krankheiten subsumiert.

die Unschärfe des Tatbestands Durch ermöglichte willkürliche Sanktionen. Mitunter wurden beispielsweise auch alleinstehende Frauen mit unehelichen Kindern Personen, die wiederholt unerlaubt von der Arbeit fernblieben, als "Asoziale" verfolgt. Seit 1937 waren Ordnungs-Polizeibehörden im Deutschen Reich berechtigt, und "Asoziale" ohne gerichtliches Verfahren zur "Vorbeugehaft" in Konzentrationslager einzuweisen.

Bis zum Beginn des Krieges waren "Asoziale" die häufigste Häftlingskategorie in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern. Sie wurden dort durch einen schwarzen Winkel auf der Häftlingskleidung gekennzeichnet.

Da "Asozialität" von den Nationalsozialisten als erblich betrachtet wurde, waren in diese Gruppe kategorisierte Menschen vermehrt Opfer von Zwangssterilisationen. Ab 1942 wurden Gruppen der als "asozial" stigmatisierten Häftlinge systematisch einer sogenannten "Vernichtung durch Arbeit" zugeführt.

Die Opfergruppe der "Asozialen" wurde als solche auch nach dem Krieg lange nicht anerkannt, blieb weiterhin gesellschaftlich stigmatisiert und war von Entschädigungsleistungen weitgehend ausgeschlossen. Bis heute ist unklar, wie viele Menschen unter dem Nationalsozialismus als "Asoziale" verfolgt und ermordet wurden.

<u>Von-Galen-Straße 3</u> Karolina & Johann Kurscheidt



Karolina/Karoline Kurscheidt wurde am 8. Dezember 1898 als sechstes von acht Kindern der Eheleute Hermann Herz (1856-1923) und Gudula "Julie" Horn (1857-1926) in eine jüdische Familie in Geislar geboren, in der viele Angehörige als Viehhändler und/oder Metzger arbeiteten.



Obwohl sie anlässlich ihrer Eheschließung mit Johann Kurscheidt aus Menden am 9. Juni 1928 zum Katholizismus konvertierte, galt sie aufgrund ihrer vier jüdischen Großeltern in der späteren NS-Terminologie als "Volljüdin".

Beruflich war sie nach eigenen Angaben vor dem Krieg Putzmacherin (heute: Modistin). Ihr einziges Kind Wilhelm Kurscheidt (1930-2008) wurde katholisch getauft und erzogen.

Ihr Ehemann Johann Kurscheidt galt aufgrund seiner Abstammung von vier deutschen Großelternteilen, die keine Juden, Farbige oder "Zigeuner" waren, nach dem Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935 als "deutscher Staatsangehöriger deutschen Blutes (deutschblütig)". Da aus der Ehe ein Kind hervorgegangen war, das als "Mischling ersten Grades (Halbjude)" galt, führten Karolina und Johann Kurscheidt eine ab Ende 1938 als "privilegiert" eingestufte "Mischehe".

Hieraus resultierte, dass Karolina Kurscheidt die meisten der teils existentiellen Repressionen und Drangsalierungen gegenüber "Volljuden" nicht zu erdulden hatte, wie etwa die ab September 1941 bestehende Pflicht zum Tragen eines Judensterns oder den Umzug in ein sogenanntes "Judenhaus" bzw. in ein Ghetto. Da ihr Ehemann dem durch erschwerten Umstände die stets vorhandenen widerstand, die Ehe mit einer Jüdin aufzulösen, entging sie auch den im Schwerpunkt zwischen Herbst 1941 und Sommer 1942 durchgeführten Deportationen von "Volljuden" aus dem Rheinland in verschiedene im Osten Europas gelegene Vernichtungsstätten. Welche Schikanen Karolina Kurscheidt als einzige zur Zeit des Nationalsozialismus nachweisbare "Volljüdin" im Gebiet des Amtes Menden, dem Rechtsvorgänger der heutigen Stadt Sankt Augustin, im Alltag erlebte, hat sie bis zu ihrem Lebensende für sich behalten.

Die Familie konnten auch nach dem Kriegsbeginn 1939 in Menden wohnen bleiben. Dies änderte sich, als Anfang September 1944 alliierte Truppen die Westgrenze des Deutschen Reiches erreichten. Sehr wahrscheinlich war es Heinrich Himmler persönlich, der als "Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei" im Reichsministerium des Innern anordnete, die frontnahen Gebiete von den wenigen noch verbliebenen Juden zu räumen und diese zum "geschlossenen Arbeitseinsatz" zu verbringen. Die Umsetzung dieser Weisung in Köln und Umgebung erfolgte durch die Gestapostelle Köln, die am 11. September 1944 die entsprechende Räumung des Regierungsbezirks Köln veranbetroffenen Personen wurden zunächst im Sammellager Köln-Müngersdorf interniert.

Karolina Kurscheidt wurde von dort nach Hessisch Lichtenau im Landkreis Witzenhausen verbracht, wo sie sehr wahrscheinlich bei der Fabrik Hessisch Lichtenau der GmbH zur Verwertung chemischer Erzeugnisse (Verwert-Chemie) als Zwangsarbeiterin zum Einsatz kam. Sie scheint dort zwar in einem Lager, evtl. der Organisation Todt, untergebracht zu sein, verfügte jedoch worden über eine gewisse Bewegungsfreiheit, da ein Polizeibericht der Polizeiverwaltung Witzenhausen eine Meldung vom 13. Februar 1945 über unerlaubtes Reisen beinhaltet. Sehr wahrscheinlich hatte sie diese Reise unternommen, um ihren ebenfalls zwangsumgesiedelten Ehemann, der gut 20 km entfernt von Hessisch Lichtenau untergebracht war, aufzusuchen. Karolina Kurscheidt kehrte einen knappen Monat nach Kriegsende am 5. Juni 1945 in ihre Heimatgemeinde Menden zurück.

Von ihren zahlreichen Geislarer Verwandten scheint die nationalsozialistische Verfolgung nur ihre Schwester Selma überlebt zu haben, die bereits in den 1930er Jahren in die USA ausgewandert war. An mehrere Familienmitglieder erinnern heute Stolpersteine in Bonn.

Nach ihrer Rückkehr zog die Familie in die spätere Wilhelm-Mittelmeier-Straße. Karolina Kurscheidt zeigte sich als fromme Christin und nahm nicht nur regelmäßig an den katholischen Sonntagsgottesdiensten in Menden teil, sondern unternahm auch regelmäßige Fahrten zur Wallfahrtskirche St. Judas Thaddäus in Heisterbacherrott. Sie konzentrierte sich nach dem Krieg vor allem auf ihre Tätigkeit als Hausfrau, half aber beispielsweise auch regelmäßig im Mendener Burg Café Kneip aus. Am 27. März 1970 verstarb sie im Alter von 71 Jahren in Sankt Augustin. Sie hinterließ außer ihrem Mann den Sohn und drei Enkel.

Johann Kurscheidt entebenso seine stammte. wie spätere Frau Karolina einer kinderreichen Familie. Fr wurde am 28. Oktober 1901 in Obermenden geboren und war das siebte von neun Kindern der Eheleute Joseph Kurscheidt Gertrud (1869-1948) und Hamacher (1868-1904).



Die katholische Familie war seit Generationen in Menden ansässig. Aus ihr gingen insbesondere viele Handwerker und Fabrikarbeiter hervor, einer von Johanns Brüdern übernahm später die Bahnhofsgastwirtschaft in Menden. Bei seiner Eheschließung mit Karolina Herz 1928 war Johann Kurscheidt Former in der Gießerei der Mannstaedt-Werke im damaligen Mendener Ortsteil Friedrich-Wilhelms-Hütte, wo auch mehrere seiner männlichen Verwandten arbeiteten.

Im September 1944 wurde Johann Kurscheidt ebenso wie seine Frau von der Gestapo zunächst im Sammellager in Köln-Müngersdorf interniert und Ende des Monats aus dem NSDAP-Gau Köln-Aachen ausgewiesen. Er wurde gleichfalls zum "geschlossenen Arbeitseinsatz" gebracht und in ein Barackenlager in Witzenhausen bei Kassel umgesiedelt. Die Zwangsarbeit leistete er in einem der Standorte der Flugzeugfabrik Gerhard-Fieseler-Werke GmbH, die u.a. die "Vergeltungswaffe" V1 entwickelt hatte und produzierte. Hier blieb er bis Kriegsende und kehrte eine Woche nach seiner Frau Karolina am 12. Juni 1945 nach Menden zurück, wo er ebenfalls bis zu seinem Tod wohnen blieb.

In der Nachkriegszeit war er wieder bei den Mannstaedt-Werken "auf der Hütte" tätig und brachte es dort zum Vorarbeiter. Nebenbei trainierte er zeitweise eine Frauen-Handballmannschaft des SV Menden. Zehn Jahre nach seiner Frau starb Johann Kurscheidt am 10. Oktober 1980 kurz vor seinem 79. Geburtstag in Siegburg.

Opfergruppe Juden

Jüdinnen und Juden waren seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 von Verfolgung, Deportation und Ermordung bedroht. Die Nationalsozialisten betrachteten sie aus rassistischen Gründen als "blutsfremd" zu den Deutschen und entzogen ihnen die staatsbürgerlichen Rechte. Sie zielten darauf ab, Jüdinnen und Juden aus allen Lebensbereichen hinauszudrängen und letztlich sogar zu ermorden.

Der Druck auf die im Jahr 1933 etwa 500.000 Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich wuchs stetig an. Auf die Boykottaufrufe, Enteignungen, Berufsverbote und Pogrome der 1930er Jahre folgten mit Beginn des Zweiten Weltkriegs die massenhafte Inhaftierung und systematische Ermordung der jüdischen Bevölkerung im Deutschen Reich und den von deutschen Truppen besetzten Gebieten Europas.

Durch den Völkermord der Nationalsozialisten an den europäischen Juden verloren rund 6 Millionen Menschen ihr Leben, rund zwei Drittel aller damals in Europa lebenden Juden.

Opfergruppe "jüdisch Versippte"

galten Als "iüdisch versippt" in der Zeit des Nationalsozialismus "Deutschblütige" im Sinne der Nürnberger Rassegesetze, die verheiratet waren mit "Jüdinnen" oder "Juden" nach nationalsozialistischer Deutung. Es gab keine einheitliche Regelung, ob hiermit nur Ehepartner von "Volljuden" oder auch jene von "Halbjuden" und "Vierteljuden" im Sinne der Rassegesetze gemeint waren. Rechtliche Unterschiede ergaben sich auch daraus, welcher Ehepartner dieser sogenannten "Mischehen", von denen es 1933 rund 35.000 gab, als "jüdisch" galt, ob aus der Ehe Kinder hervorgegangen waren und ob diese mosaisch oder christlich erzogen wurden.

"Jüdisch Versippte" wurden im Nationalsozialismus zunehmend zur Auflösung der "Mischehe" gedrängt und anderenfalls diskriminiert. Seit 1938 waren "rassische Gründe" ein zulässiger Scheidungsgrund. Bereits zuvor waren "jüdisch Versippte" aus dem Staatsdienst und einigen anderen Berufsgruppen ausgeschlossen worden. Ab 1943 wurden sie vielerorts systematisch zum "geschlossenen Arbeitseinsatz" eingezogen, in Lagern untergebracht und als Zwangsarbeiter eingesetzt.

Kontakt

Dienststelle Stadtarchiv Sankt Augustin

Adresse Markt 1, 53757 Sankt Augustin

Zimmer U 11 (Rathaus Untergeschoss)

Telefon 02241 243-331

E-Mail stadtarchiv@sankt-augustin.de

Homepage www.sankt-augustin.de/stadtarchiv

Herausgeberin

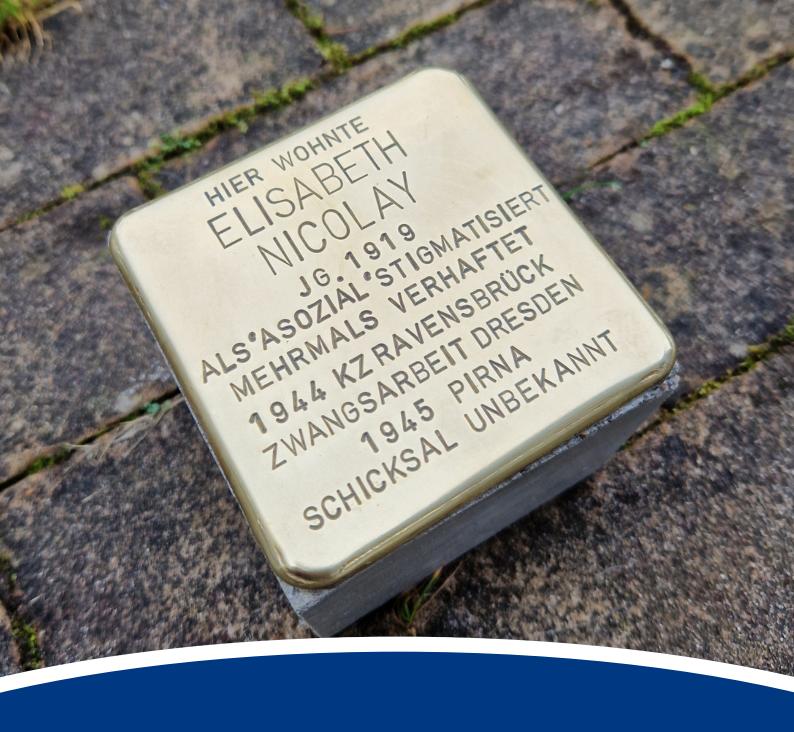
Stadt Sankt Augustin Der Bürgermeister Markt 1 53757 Sankt Augustin



Telefon 02241 243-0

Telefax 02241 243-770

Homepage www.sankt-augustin.de



Homepage & Socials

www.sankt-augustin.de



- Stadt Sankt Augustin
- Stadt_Sankt_Augustin
- Stadt Sankt Augustin

